

Ressort: Finanzen

ZEW-Gutachten: Mindestlohn bedroht Jobs für Ältere

Berlin, 04.06.2014, 07:27 Uhr

GDN - Das Zentrum für Wirtschaftsforschung (ZEW) warnt, dass der geplante Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde die Beschäftigungschancen Älterer massiv verschlechtern werde. Der Mindestlohn sei "für ältere Arbeitnehmer erkennbar mit besonderen Risiken verbunden", zitiert die Tageszeitung "Die Welt" (Mittwochausgabe) aus einem noch unveröffentlichten Gutachten, das vom Verband der Familienunternehmer in Auftrag gegebenen wurde.

Das ZEW erwartet, dass viele Betriebe auf den Mindestlohn mit Stellenstreichungen oder Arbeitsverdichtung reagieren werden. Dies dürfte vor allem zu Lasten der älteren Beschäftigten gehen, da diese im Vergleich zu den Jüngeren über weniger "Flexibilisierungsreserven" verfügten, so die Forscher. So könnten sich Ältere oft schlechter an steigende Leistungsanforderungen anpassen, etwa indem sie ihre Qualifikation über Weiterbildungsmaßnahmen verbessern oder den Ort für einen neuen Job wechseln. Es sei vielmehr zu erwarten, dass die Älteren verstärkt in die Frührente gingen, heißt es in der Studie, die am Donnerstag auf einem Arbeitsmarktkongress der Familienunternehmer vorgestellt wird. Besonders starke negative Auswirkungen drohen demnach den Älteren in Ostdeutschland. Hier verdiene derzeit jeder vierte sozialversicherungspflichtige Beschäftigte über 55 Jahre weniger als 8,50 Euro in der Stunde. Deutschlandweit trifft dies laut ZEW für jeden Zehnten zu. Vor allem Arbeitnehmer mit Leistungseinschränkungen drohe künftig die Arbeitslosigkeit, warnen die Forscher. Problematisch werde es zudem für Ältere, die einen Job suchten. Denn die Einstellungshürden stiegen gerade für sie mit der gesetzlichen Lohnuntergrenze erheblich. Auch die Rente mit 63 wird die Erwerbsquote der Älteren kräftig drücken, prognostizieren die ZEW-Experten. Die Forscher gehen davon aus, dass allein von den 1951 und 1952 geborenen Jahrgängen rund 340.000 Beschäftigte vorzeitig in den Ruhestand gehen können. Die von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) genannte Zahl von 50.000 sei viel zu niedrig gegriffen. Der Präsident der Familienunternehmer, Lutz Goebel, kritisierte den von der Großen Koalition eingeleiteten Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik scharf. "Das Beschäftigungswunder der vergangenen Jahre ist vor allem ein Altenbeschäftigungswunder, das nun durch die Rente mit 63 und einen flächendeckenden, politischen Mindestlohn gefährdet wird", sagte Goebel der "Welt". Unter Hinweis auf die ZEW-Studie warf er der Großen Koalition vor, sich verrechnet zu haben. Nahles gehe von nur 50.000 Facharbeitern aus, die den Unternehmen durch die Rente mit 63 verloren gingen. Tatsächlich aber könnten fast sieben Mal so viele abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen. "Da sich das nur auf die Jahrgänge 1951 und 1952 bezieht, werden wir also dieses und nächstes Jahr einen dramatischen Zuwachs bei den Rentnern erleben", so Goebel. Denn jeder, der die Chance bekomme, früher in Rente zu gehen, werde sie auch wahrnehmen. Auch das ZEW rechnet damit, dass in den nächsten Jahren 30 bis 40 Prozent jedes Jahrganges die Neuregelung zur abschlagsfreien Rente mit 63 nutzen werden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-35661/zew-gutachten-mindestlohn-bedroht-jobs-fuer-aeltere.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com